



KRANKENKASSENPRÄMIEN 2010

Reformen dringender denn je!

Zu viel ist zu viel! Der Aufschlag bei den Krankenkassenprämien 2010 ist nicht sozialverträglich. Er macht den Konkurs eines Systems sichtbar, das so rasch als möglich von Grund auf reformiert werden muss. Philippe Perrenoud

Die brutale Prämienerhöhung macht mich wütend! Für die Mehrheit der Versicherten bedeutet sie eine starke Schwächung der Kaufkraft, wobei die Familien die Hauptleidtragenden sind.

Der Bundesrat wälzt die Verantwortung auf die Versicherer und die Kantone ab. Die Versicherer schieben die Schuld auf zu hohe Kosten und lehnen jede kritische Prüfung der Finanzierungsmodalitäten ab. Die Kantone stecken in der Zwickmühle, weil ihre Kompetenzen eng begrenzt sind und sie mit zu vielen Akteuren mit widersprüchlichen Interessen zurechtkommen müssen.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, in einem kurzen Artikel die Gründe für das aktuelle Versagen zu erklären und eine Reformstrategie in allen Einzelheiten zu erörtern. Ich beschränke mich deshalb auf das Wesentlichste.

Unser Gesundheitssystem ist sehr leistungsfähig, aber auch sehr teuer. Die Kosten steigen zu schnell. Die Finanzierung ist ein Monsterapparat, der sich jeder demokratischen Steuerung entzieht. Der absurde Umgang mit den Reserven – Auslöser der jetzigen Prämienexplosion – zeigt dies deutlich.

Was tun also?

Einerseits müssen wir die Kostensteigerung in den Griff bekommen: Die durchschnittliche Erhöhung von 3,1 Prozent pro Jahr im Zeitraum 2002–2007 ist auf Dauer unhaltbar. Sie müsste auf rund 2 Prozent begrenzt werden, ohne jedoch die Qualität der erbrachten Leistungen zu schmälern. Dies bedingt



Philippe Perrenoud fordert eine neue Finanzierung der Gesundheitskosten

einen riesigen Rationalisierungseffort.

Andererseits müssen wir die Art und Weise der Finanzierung neu definieren. Heute liegt die obligatorische Krankenversicherung in den Händen privater Versicherer, die sich einen harten Konkurrenzkampf liefern, weil sie gleichzeitig auch Zusatzversicherungen anbieten, mit denen sich Geld verdienen lässt. Dabei erfüllt der Staat seine regulierende Funktion ungenügend. Die Transparenz ist nicht gewährleistet, die Wettbewerbsverzerrungen sind zahlreich und die Anreize zu kostenbewusstem Verhalten zu schwach.

Breit abgestimmt planen

Entscheidungskompetenzen haben die Kantone bei der Spitalplanung. In Bern arbeite ich längst schon an der Eindämmung der

Kosten. Ich setze auf ein breit abgestimmtes Vorgehen, Reformen nach der Holzhammermethode werde ich mich verweigern. Der Konzentrationsprozess wird bis 2012 beschleunigt, wobei eine Grundversorgung von hoher Qualität in allen Regionen gewährleistet bleibt.

Was die Finanzierung betrifft, müssen die Reformen auf Bundesebene durchgeführt werden. Wir brauchen eine Versicherungsanstalt nach dem Vorbild von AHV oder der SUVA, leistungsfähig, öffentlich, transparent. Sie wird die Prämien im Rahmen der Kostenentwicklung halten – genau das ist es, was in den Augen der Öffentlichkeit zählt.

Philippe Perrenoud
Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern

TSCHOU

Schluss damit!

«Schluss damit», so lautete einst die Kurzformel der SP für den AKW-Ausstieg. Es war unsere politische Antwort auf den verheerenden Unfall vor fast



25 Jahren in Tschernobyl. Alle bekannten Fakten zeigen auf: Es ist auch heute noch die richtige Politik. Wir müssen

diese rückwärtsgerichtete Technologie stoppen.

Nach wie vor gibt es keine tauglichen Lösungen für den atomaren Abfall, die AKW hinterlassen unseren Nachkommen und noch mancher Generation ein unverantwortbares Problem. Auch finanzpolitisch stellt der Bau von Atomkraftwerken für die Öffentlichkeit ein Risiko dar. Zudem: Nur Investitionen in erneuerbare Energien sichern Jobs auf lange Sicht hinaus.

Die erneuerbaren Energien konnten sich in diesen Jahren endlich zu anerkannten Technologien mausern. Es braucht aber noch viel, damit sie endlich zu den hauptsächlichen Energielieferanten werden. In den letzten Jahren sind griffige Massnahmen zur Energieeffizienz entwickelt worden, beispielsweise bei den Gebäudesanierungen.

Der Kanton Bern hat eine fortschrittliche Energiestrategie. Die Regierung will mit der Förderung von erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz eine Zukunft ohne AKW. Das will auch die SP. Konsequenter und unmissverständlich werden wir deshalb den Bau von neuen AKW bekämpfen. Schweizweit und natürlich auch in Mühleberg.

Irène Marti Anliker ist Parteipräsidentin SP Kanton Bern

SPITZE FEDER

Wieso nicht mit 16?

«Danke für die Gruppeneinladung <Ja zum Stimmrechtsalter 16>. Ich denke aber, dass ein



Jugendlicher mit Stimmrecht dann auch Autofahren, hochprozentigen Alkohol trinken und – wer will – in den Puff gehen können sollte ... ;-)>», so die

Antwort eines Jung-SVPLers auf eine Anfrage zum Mitmachen in der Facebook-Gruppe für Stimmrecht 16.

Wer das Gefühl hat, so denken nur Rechtskonservative, der täuscht sich. Die Idee für Stimmrecht 16 kommt zwar von links, aber immer wieder höre ich kritische SP-Stimmen. Mit 16 Jahren sei man zu jung, habe keine Ahnung von der Welt, müsse keine Steuern zahlen – was im Kanton Bern nicht stimmt –, Stimmrechtsalter und Volljährigkeit sollten gleich bleiben, usw.

Das greift für mich zu kurz. Demokratie bedeutet Mitbestimmung aller. Kleinkinder sind noch nicht fähig dazu. Das Mündigkeitsalter ist aber nicht in Stein gemeisselt. Ich weiss, wie es heute mit 16 Jahren ist. Man muss bereits viel entscheiden, Steuererklärungen ausfüllen, ist konfessionell und sexuell mündig. Das Mündigkeitsalter war anfänglich auch noch bei 20, als diverse Kantone das Stimmrechtsalter auf 18 senkten. Gehen wir mit der Zeit und geben den Jugendlichen die Chance, ein aktiver Teil unserer Gesellschaft und Politik zu werden. Wieso nicht mit 16? Andere schaffen es bis 70 nicht. Ich wollte mit 16 schon mitbestimmen und ich will diese Möglichkeit auch für alle künftigen 16, 17, 18, ... 100-Jährigen.

Priska Grütter (22) ist Mitglied der SP und der Bildungskommission Roggwil und studiert Soziale Arbeit

«Sich einmischen statt jammern»

Patrik Blum ist 23 und seit einem knappen Jahr Gemeinderat von Inkwil (Wangen). Anfänglich belächelt, kann der Jungpolitiker erste Erfolge verbuchen. Sein Rezept: Geduld, Überzeugungskraft und der Wille, etwas zu verändern. Sybille Dickmann



© Sybille Dickmann

Patrik Blum, 23, über sein erstes Jahr im Gemeinderat Inkwil.

Inkwil, 638 Einwohner, an der Grenze zum Kanton Solothurn, an einem idyllischen Seelein gelegen. Seit dem 1. Januar ist Inkwil um eine Besonderheit reicher, den 23-jährigen Gemeinderat Patrik Blum. Wäre es nach ihm gegangen, hätte er das Amt schon mit 18 übernommen. Neun Stimmen hatten ihm gefehlt. Blum sieht das positiv. «Wir hatten einen Wahlkampf, während andere Gemeinden kaum Freiwillige für das Amt finden.» Vor einem Jahr traf Blum einen Nachbarn auf der Strasse. «Stellst du dich wieder zur Verfügung?» «Ja klar.» Nach einer stillen Wahl im letzten Dezember war Blum Inkwils neuer Sozial- und Gesundheitsverantwortlicher.

Blums Kolleginnen und Kollegen sind parteilos. Erst nach ein paar Sitzungen wurde er gefragt: «Stimmt es, dass du in der SP bist?» Für Blum ist das eine Selbstverständlichkeit, wie für seinen Grossvater und seinen Vater, langjähriger Gemeinderat und Primarlehrer in Inkwil. Dass ihn einige am Anfang seiner politischen Karriere etwas

belächelt haben, ist ihm nicht entgangen, aber er lässt sich nicht verunsichern. «Ich bin alt genug, meine eigene Meinung zu haben, Vater hin oder her.»

«Schon wieder dieser Stürmicheib»

Seine Motivation kommt aus eigener Erfahrung. «An meinem Stammtisch in Herzogenbuchsee jammern die Leute dauernd über die Politik, das nervt. Deshalb bin ich in die SP eingetreten.» Blums Botschaft an seine Alterskollegen ist deshalb einfach: «Mischt euch ein, statt zu jammern.» Doch Blum geht es nicht nur um die eigenen Ideen. «Toll finde ich, wenn Bürger mich bitten, ein Anliegen einzubringen. So soll unsere Demokratie sein.» Kein Wunder, heisst es manchmal «Schon wieder Blum, dieser Stürmicheib». Das stört ihn nicht. «Auseinandersetzungen bringen Leben ins Dorf.»

Bei den ersten Sitzungen des Gemeinderates hat Blum erfahren, dass er nicht einfach loslegen und alles verändern kann. Die amtliche

Sprache ist gewöhnungsbedürftig, die Abläufe sind schwerfällig, viele Abstimmungen verliert Blum mit 1 zu 6 Stimmen.

«Ein Kompromiss ist auch schon was»

So wollte Patrik Blum die Bade- stelle des Inkwiler Seeleins verschönern: eine Toilette, Schliessfächer und eine kleine Treppe ins Wasser. Doch die Toilette ist zu teuer, die Treppe scheidert an Fragen der Haftung. Einen Kompromiss hat Blum in der Diskussion dennoch erreicht: Der Boden wird ausgebaut, die Feuerstelle hergerichtet, das Bänklein repariert. «Das ist immerhin etwas.» Ein weiteres Ziel hat Blum für die SP Inkwil. «2011 wird unsere Ortssektion 100 Jahre alt. Dann wollen wir wie damals elf Mitglieder haben. Es fehlen uns nur noch vier.» Das Politisieren auf Gemeindeebene macht Patrik Blum Spass, obwohl ihn auch die grossen Themen auf schweizerischer Ebene bewegen. «Für den Nationalrat habe ich viel zu wenig Erfahrung», befindet Blum. «Aber für den Grossen Rat könnte ich eine Kandidatur wagen, wenn sich die Gelegenheit bietet.»

Sybille Dickmann, Stellvertretende Projektleiterin Bern

PROFIL

- Politisches Amt: Gemeinderat seit 1. Januar 2009
- Dossier: Soziales
- Jahrgang: 1986
- Beruf: kaufmännischer Angestellter
- Hobbys: Musik, Mitbegründer des Festivals Rockstarnight
- Wohnort: bei seinen Eltern in Inkwil

Wahlkampagne als Politeinstieg

Drei SP-Frauen berichten von ihren Erfahrungen im Wahlkampf (Teil 3)



Maya Bühler Gäumann, Priska Grütter und Mirjam Veglio kandidierten bei den letzten Grossratswahlen.

Priska Grütter aus Roggwil BE, Mirjam Veglio aus Zollikofen und Maya Bühler Gäumann aus Lyss kandidierten bereits für den Grossen Rat und/oder den Nationalrat. Es sollte nicht ihr letzter Wahlkampf sein!

Was hat euch bewogen für den Grossen Rat zu kandidieren?

Mirjam: Ich bin seit 2001 Mitglied des Grossen Gemeinderates in Zollikofen. Auf Kantonsebene gibt es weiter reichende politische Themen. Aktiv in der Politik zu wirken, heisst immer, mitzugestalten, sich mit Meinungen auseinander zu setzen. Das finde ich bereichernd.
Priska: Lust auf Wahlkampf, Freude am Engagement für die Partei, Wahlkampfserien sammeln.
Maya: Ich war zuvor 12 Jahre im Grossen Gemeinderat von Lyss. Die Arbeit in einer Legislative finde ich sehr spannend. Da ich als Sektionspräsidentin auch viele Berührungspunkte mit der SP Kanton Bern hatte, interessiert mich auch die Kantonspolitik.

Habt ihr nach den Grossratswahlen ein anderes politisches Mandat übernommen?

Priska: Ich wurde Präsidentin der JUSO Oberaargau. In die Bildungskommission in Roggwil war ich bereits zuvor gewählt worden.
Mirjam: Ich war bereits vor den Grossratswahlen Mitglied des Gemeindeparlaments und auch Sek-

tionspräsidentin der SP Zollikofen.
Maya: Ja, ich bin seit 2007 Gemeinderätin in Lyss.

An welche Situation als Kandidatin könnt ihr euch noch bestens erinnern?

Maya: An den Fototermin. Wir hatten es sehr lustig. Und natürlich an den Wahltag. Die Stimmung im Rathaus in Bern unter den SP-KandidatInnen war nach der Bekanntgabe des Regierung-Wahlergebnisses überwältigend.

Priska: An mein erstes Podium. Es waren zwar viele Leute auf dem Podium, ich konnte aber dank einem schlagfertigen Kommentar auf ein JSVP-Statement das Publikum auf mich aufmerksam machen und zum Lachen bringen. Und an die «Märit»-Tournee der SP Kanton Bern bei den NR-Wahlen.

Von welchen Erfahrungen konntet ihr profitieren?

Mirjam: Ein Wahlkampf bietet allgemein eine gute Plattform, um von den Menschen wahrgenommen zu werden. Zudem konnte ich Kontakte mit vielen neuen Gesichtern aufbauen, sowohl PolitikerInnen als auch Leute von der Strasse. Solche Kontakte bauen Hürden ab und Brücken auf.

Maya: In der Gemeindepolitik fühle ich mich oft als Einzelkämpferin und unterliege mit meinen Argumenten. Der Wahlkampf gab mir

die Gewissheit, dass überall im Kanton andere Frauen und Männer für die gleichen Anliegen kämpfen. Das gibt Kraft und Ausdauer.

Priska: Vom Netzwerk, also von Leuten, die ich während des Wahlkampfes kennen gelernt habe. Aber auch von den Erfahrungen, die mir bei kommenden Wahlkämpfen von Nutzen sein werden. Während des Wahlkampfes habe ich mich intensiver mit politischen Themen auseinander gesetzt.

Wo liegen heute eure politischen Prioritäten?

Maya: Wir hatten gerade Wahlen in Lyss. Wir arbeiteten hart daran, mit Margreth Schär erstmals eine Frau als Gemeindepräsidentin zu erhalten. Leider hatten wir keinen Erfolg. Immerhin behielten wir trotz Verkleinerung des Gemeinderates zwei Sitze, und ich kann meine Arbeit fortführen.

Mirjam: Als Leiterin einer KITA liegt mir der Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Herzen. Die Verkehrspolitik muss mehr auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit ausgerichtet werden.

Priska: Bei den Grossratswahlen 2010 und den Gemeindewahlen 2010. Und natürlich bei den laufenden Projekten, wie der Gründung einer Tagesschule in meinem Dorf, usw.

SP-FRAUEN

Lohnleichheit für Frauen und Männer

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Dieser Verfassungsauftrag gilt auch im öffentlichen Beschaffungswesen. Wenn Unternehmen Frauen lohnmässig benachteiligen, kann der Kanton Aufträge widerrufen. Bis jetzt fehlte allerdings ein geeignetes Kontrollinstrument. Die vom eidgenössischen Gleichstellungsbüro entwickelte Software Logib schafft hier Abhilfe. Mit dem kostenlosen Programm steht den Unternehmen ein Instrument zur Verfügung, das ihnen ohne grossen Aufwand erlaubt, selbst zu analysieren, wo sie bei der Lohn-

gleichheit stehen. Die Löhne zwischen den Geschlechtern unterscheiden sich noch immer sehr stark. Die Lohnstrukturerhebung 2006 hat ergeben, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts im Schnitt 700 Franken pro Monat weniger Lohn erhalten. Um Lohnunterschiede zu analysieren braucht es eine Methode, die erklärbare (Alter, Ausbildung, Erfahrung) und nicht erklärbare Lohnunterschiede unterscheidet. Logib ist dazu in der Lage. Wenn die Testphase erfolgreich ist, müssen ab 2013 alle Unternehmen, die sich um einen Auftrag des Kantons bewerben, den Nachweis der Lohnleichheit erbringen. Die SP-Frauen Kanton Bern freuen sich, dass die von unserer Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer geführte Direktion die Vorreiterinnenrolle beim Thema «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» übernommen hat. Ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Zukunft, für Frauen und Männer.

Leitungsgremium der SP-Frauen
Kanton Bern

Schlusspurt

Nichts verlieren – aber viel gewinnen: Ja zum Stimmrecht 16. Nadine Masshardt

Am 29. November stimmen wir über das aktive Stimmrechtsalter 16 ab. Für das überparteiliche Jugendkomitee hat die Kampagne bereits begonnen. Eine wachsende Gruppe 16- bis 18-Jähriger engagiert sich mit Herzblut dafür, weil sie gerne früher mitbestimmen möchten. Das Komitee freut sich auf eine breite und lebendige Diskussion im Abstimmungskampf.

Logisch, nicht alle 16- und 17-Jährigen würden nach einem Ja abstimmen und wählen gehen. Das ist aber kein Argument es den Interessierten zu verwehren. Zur Erinnerung: Bei den kantonalen Wahlen 2006 betrug die Stimmbeteiligung auch nur 30 Prozent. Demokratien sind angewiesen auf Menschen, die sich beteiligen und Entscheide beeinflussen. Der Kanton Bern braucht die Jugend – ihr Engagement und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen. Wer eingebunden ist in Entscheide wird auch konstruktiver und produktiver an der Gestal-



tung der Gegenwart und Zukunft mitarbeiten.

Die Senkung des Stimmrechtsalters ist dabei an mehr politische Bildung gekoppelt. Sie ist ohne viel Aufwand möglich, da der Unterricht mit dem Stimmrecht 16 praxisnaher und die Lücke zwischen Schule und politischer Partizipation geschlossen würde.

Bern bietet sich Ende November die Chance, neben Glarus mit der Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts 16 eine Vorreiterrolle einzunehmen und ein positives Zeichen an die Jugend auszusenden. Packen wir diese Chance!



Nadine Masshardt, 24, aus Langenthal ist jüngste Grossrätin und Präsidentin der JUSO Kanton Bern

MITMACHEN

Unterstütze das Komitee für Stimmrecht 16

Infos/Mitmachen: www.stimmrecht16.ch

Spenden: Das Komitee für das Stimmrecht 16 hat viele Ideen und noch wenig Geld für seine Kampagne. Wir freuen uns über alle, die mit-helfen dies zu ändern: Postkonto 60-637290-1. Vielen Dank.

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern,
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096,
3000 Bern 23, Telefon 031 370 07 80,
links.be@spbe.ch

Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Daniel Furter
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
26. Oktober 2009

ROTES BRETT

Neue Website der SP Kanton Bern



Pünktlich zum Parteitag stellt die SP Kanton Bern am 14. Oktober 2009 auch ihre neue Website vor. Diese hat endlich den Sprung ins 21. Jahrhundert geschafft und bietet mit einer übersichtlichen Gestaltung auch die Möglichkeit unsere Politik direkt zu kommentieren. Wir freuen uns auf deine Rückmeldungen.

In Zukunft werden auch die Sektionen und Einzelpersonen die Möglichkeit haben, eine Website im gleichen Erscheinungsbild zu betreiben. Interessierte melden sich bei daniel.furter@spbe.ch

Termine Parteitage 2010 SP Kanton Bern

2010 finden die Parteitage der SP Kanton Bern an folgenden Daten statt. Jetzt schon notieren:

1. Samstag, 23. Januar 2010, 10 Uhr, Hotel Bern in Bern. Schwerpunktthema: Grossratswahlen 2010 inkl. Wahlplattform.
2. Samstag, 29. Mai 2010, 10 Uhr, Interlaken.
3. Mittwoch, 24. Nov. 2010, 19 Uhr, Hotel Bern in Bern.

Gratis ins Schlachthaus Theater Bern, z. B.:

Schauplatz International und MLA «M*A*S*C*O*T*S II – Sie kommen nicht zur Ruhe» 29., 30., 31. Oktober, 20.30 Uhr und 1. November, 19 Uhr. Vor einem Jahr befreite Schauplatz International zwei Maskottchen aus der tristen Welt der Eindeutigkeit und des kindischen Kommerzes. «Mascots», das Stück, war ein grosser Erfolg. Doch jetzt wird Schauplatz International die Maskottchen nicht mehr los!

Pro Vorstellung erhalten 2 SP-Mitglieder einen Gratis-eintritt. Bei der Reservation unbedingt Bemerkung SP-Stühle anbringen: www.schlachthaus.ch, 031 312 60 60

Der starke Personalverband

BSPV



Der BSPV: Ihre Partei am Arbeitsplatz

Beratung erhalten Sie unter:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch